

1 Die Landesmitgliederversammlung möge beschließen:

2 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

3

4 **Flowerpower aus Stahl – Für eine umweltfreundliche Stahlindustrie in Bremen!**

5

6 Mit dem 4. November 2016 ist das Übereinkommen von Paris (COP21), das Deutschland
7 und die Europäische Union am 4. November 2016 ratifiziert haben, in Kraft getreten. Mit
8 Blick auf den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung vom November 2016 setzen wir
9 uns dafür ein, dass auch in Bremen eine Anpassung der klimapolitischen Ziele, in Anlehnung
10 an die Beschlüsse von COP21, erfolgen muss.

11 Aus diesem Grund fordern wir das Land Bremen dazu auf, das aktuelle Klimaschutz- und
12 Energieprogramm 2020 (KEP 2020) entsprechend fortzuentwickeln und sich mit Mut und
13 Überzeugung vor allem auf die Chancen einer Transformation des Energiesystems hin zu
14 100 % Erneuerbaren Energien zu konzentrieren.

15

16 **Folgende zwei Schwerpunkte des Landesenergieprogramms sind besonders zu berücksichtigen:**

17

19 **1. Die Senkung der Treibhausgasemissionen der Stahlindustrie zur Sicherung der Arbeitsplätze**

21 Natürlich beobachten auch wir die Situation der Stahlindustrie im Land Bremen ganz genau,
22 gerade auch mit Blick auf die Bedeutung der Arbeitsplätze für viele Menschen in unserem
23 Land. **Die Arbeitsplätze der Stahlindustrie sind uns wichtig und diese wollen wir langfristig sichern.** Die Stahlindustrie vor einer Reform des CO₂-Zertifikatenhandels zu schützen, halten wir kurzfristig für wichtig, mittelfristig aber für problematisch, da wir langfristig die Klimaziele des COP21 gleichermaßen im Blick haben sollten und davon überzeugt sind, dass Industriepolitik und Klimaschutz sich nicht ausschließen müssen.

28 Wir dürfen mit Blick auf die klimapolitische Verantwortung **nicht ignorieren**, dass die Stahlindustrie in Bremen einen großen Anteil (45 %; Quelle: KEP 2020) der Treibhausgasemissionen im Land Bremen ausmacht. Dieser Herausforderung stellen wir uns mit der Zuversicht, dass im Land Bremen genug Kompetenzen vorhanden sind, entsprechend eine technische Lösung zu finden. Daher muss sich auch die Politik in Bremen endlich dieser Herausforderung stellen, in dem Sie die Stahlindustrie bei der Ausarbeitung technischer Lösungen unterstützt, die eine deutliche Reduktion der Treibhausgasemission herbeiführt. Dies soll langfristig die Erhaltung der Stahlindustrie und der Arbeitsplätze in Bremen sichern!

36

37 Unter der Bedingung der Sicherung von Arbeitsplätzen, erfordert daher die Transformation

38 aller Sektoren (Wärme, Verkehr und Strom), auch die Neutralisierung der Treibhausgasemis-
39 sionen der Stahlindustrie! Natürlich, muss das Land Bremen darüber hinaus bei der Fort-
40 entwicklung des Klimaschutz- und Energieprogramms auch darlegen, wie es die Treibhaus-
41 gasemissionen in anderen Bereichen senken will.

42

43 **2. Strategische Ausrichtung des Landes Bremen für Speichertechnologien, um eine**
44 **Vorreiterrolle in der Energiewirtschaft einzunehmen und gute und sichere Arbeitsplätze**
45 **anzuziehen.**

46 Das Land Bremen liegt geopolitisch in einer Region, die in den vergangenen Jahren vor
47 allem durch den Zubau von Windenergie an Land und See geprägt ist. Zudem haben die
48 Städte Bremen und Bremerhaven eine bedeutende Rolle für die Offshore-Industrie und
49 bilden zusammen mit der Stadt Oldenburg eine ausgeprägte und vielfältige Landschaft von
50 Forschungseinrichtungen, die sich mit den Fragen der Erneuerbaren Energien, der Sekto-
51 renkopplung und des Energiesystems auseinandersetzen. Viele verschiedene Unternehmen
52 (Hersteller, Zulieferer, Dienstleister, Betreiber und Anwender) haben in dieser Region, auch
53 in Bremen, sich eingerichtet und bringen entsprechend Fachkenntnisse mit um eine Trans-
54 formation des Energiesystems erfolgreich und zielführend mitzugestalten. Zuletzt zeichnet
55 sich ab, dass die durch die beabsichtigte Ansiedlung von Produktionslinien der Hersteller
56 Mercedes Benz und Borgward im Bereich Elektromobilität sich gute Chancen für Bremen
57 ergeben durch Kooperationen eine erfolgreiche Integration dieser Technologie zu fördern,
58 um damit einen Beitrag zur Netzstabilisierung und Schaffung eines abgasfreien, urbanen
59 Lebensraums voran zu bringen.

60 Unser Ziel ist die beschleunigte Verwirklichung einer nachhaltigen, ressourcenschonenden
61 und kommunal verankerten Energietransformation. Zudem sehen wir den norddeutschen
62 Raum als Pionierregion in Deutschland für die Erneuerbaren Energien, und in der Pflicht
63 eine Lösung der Systemintegration anzubieten um die Transformation des Energiesystems
64 zu verwirklichen. Letztlich sichert ein Energiesystem auf Basis von 100 % Erneuerbaren Ener-
65 gien auch die Unabhängigkeit gegenüber anderen Ländern und trägt somit auch dazu bei,
66 dass wir gegenüber Staaten mit fossilen Rohstoffen politisch ganz anders auftreten können.
67 Klimaschutz ist somit auch eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirt-
68 schafts-, Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik.

69 Wir sind überzeugt, dass wir für die Erreichung dieser Ziele Unterstützung brauchen wer-
70 den, aber eben politisch auch die Richtung vorgeben müssen. Denn wer A sagt muss eben
71 auch B sagen. Unsere Generation will frühzeitig den Moment erleben, an dem das letzte
72 Kohlekraftwerk in Deutschland abgeschaltet wird. Es wird Zeit!

73 Daher fordern wir alle progressiven politischen Kräfte in Bremen dazu auf, uns darin zu
74 unterstützen. Besonders fordern wir natürlich die Bremer SPD dazu auf, die Speichertechnologie
75 in Bremen bei der finanziellen Förderung politisch zu unterstützen mit dem Ziel
76 ein bedeutendes Speicherkraftwerk in Bremen zu errichten, welches auch zu Forschungszwecken
77 verwendet werden darf!

78

79 **Begründung:**

80 In dem Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung heißt es zu den Beschlüssen des Abkommens:

81
82 *„Hier hat die Weltgemeinschaft das rechtlich verbindliche Ziel vereinbart, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius gegenüber vorindustriellen Werten zu halten und Anstrengungen zu unternehmen, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Damit sollen die schlimmsten Folgen des Klimawandels und das Schwinden von Anpassungsmöglichkeiten vermieden werden. Denn schon bei einer Erwärmung um 2 Grad gegenüber vorindustriellen Werten, das hat der Weltklimarat (IPCC) immer wieder bekräftigt, sind lokale wie globale Ökosysteme in ihrer Funktions- und Anpassungsfähigkeit bedroht und damit die biologische Vielfalt sowie die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen gefährdet. Somit sind ernsthafte Beeinträchtigungen für die Grundlagen des Wirtschaftens, der Ernährungssicherheit und des sozialen Zusammenhalts weltweit gegeben. Ebenfalls wichtig für den Klimaschutz sind die Agenda 2030 und ihre 17 globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals - SDGs), die im September 2015 verabschiedet wurden.“*

95 Mit Blick auf die drohenden Konsequenzen sofern diese Klimaziele nicht angegangen werden heißt es dann im Klimaschutzplan weiter:

97

98 *„[...] Klimaschutz ist somit auch eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Wirtschafts-, Entwicklungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. Um das im Übereinkommen von Paris vereinbarte Klimaschutzziel zu erreichen, sind umfassende gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen notwendig. Im Übereinkommen von Paris wurde festgelegt: **Im Laufe der zweiten Hälfte des Jahrhunderts soll weltweit ein Gleichgewicht zwischen den Emissionen von Treibhausgasen (THG) aus Quellen und der Aufnahme durch Senken erreicht werden, das heißt weltweite Treibhausgasneutralität beziehungsweise netto null Emissionen.***

106

107 ***Das bedeutet: Im Laufe des Jahrhunderts muss weltweit der vollständige Umstieg auf ein Wirtschaften ohne Treibhausgasemissionen erreicht werden. Dies erfordert, dass alle Volkswirtschaften der Welt ihre Klimaschutzbemühungen verstärken. Insbesondere***

109

110 – das zeigen die Szenarien des IPCC – gilt es, die Energiesysteme dazu weltweit spätestens
111 bis zur Mitte des Jahrhunderts nahezu vollständig zu dekarbonisieren, also so umzustellen,
112 dass sie keine Emission des wichtigsten Treibhausgases CO₂ verursachen – anders ist das
113 Ziel der Treibhausgasneutralität nicht zu erreichen. Es gibt einen internationalen Konsens,
114 dass die Industriestaaten bei der Reduktion der THG-Emissionen vorgehen. Dieses Ziel
115 erfordert schnelles und entschiedenes Handeln, um rechtzeitig die Weichen zu stellen und
116 die erheblichen Mehrkosten einer verzögerten Transformation zu vermeiden. [...]“

117 Das Land Bremen hat aus diesem Grund Ihre eigenen Ziele entsprechend anzupassen und
118 sollte Vorreiter bei innovativen Lösungen zur Transformation des Energiesystems anbieten
119 um auch gute und sichere Arbeitsplätze nach Bremen zu ziehen.